



STVV 19.2.26 Top 17 Vorlage zum interkommunalen Gewerbegebiet Bensheim-Lorsch, Stubenwald III, Rede von Lydia Kloos

Sehr geehrte Vorsitzenden,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste

Um es gleich vorwegzunehmen: **Die Grünen sind keine Gewerbeflächenverhinderer**. Es ist uns klar, dass Bensheim eine Entwicklungsmöglichkeit braucht, der Vorentwurf des neuen Regionalplans macht mehrere Vorschläge, über die man sprechen könnte, aber heute geht es um das Interkommunale Gewerbegebiet, das der Regionalplan interessanter Weise gar nicht als Fläche für Gewerbe ausweist. Um dennoch das 21ha große Gewerbegebiet von Lorsch und Bensheim noch schnell nach dem alten Regionalplan bauen zu können, strebt die Stadt ein Zielabweichungsverfahren beim RP in Darmstadt an. Von welchen Zielen soll abgewichen werden?

1. Ziel Das Stubenwald III Gelände ist laut altem und neuem Regionalplan **Vorranggebiet für den Regionalen Grünzug**. Was heißt das? Mit dieser Bezeichnung wird der Naturraum als Träger wichtiger Funktionen für Boden-, Wasser-, Luft, Klima Landschaft und Erholung gesichert. Diese Funktionen dürfen laut Regionalplan durch andere Nutzungen nicht beeinträchtigt werden. Die Ausweisung von Vorhaben in Bauleitplänen, die zu einer Zersiedelung des Grünzugs führen, ist nicht zulässig. Dagegen möchte die Stadt Einspruch erheben, denn ein Gewerbegebiet wäre unter diesen Umständen nicht möglich.

Ein Regionaler Grünzug dient laut Regionalplan außerdem der Freiraumsicherung, der Gliederung der Siedlungsräume und dem Erhalt von Naherholungsräumen. Alles würde mit einem neuen Gewerbegebiet wegfallen. Der Freiraum würde verschwinden, die Siedlungsränder von Bensheim und Lorsch würden hier zusammenwachsen, der Naherholungsraum für die Menschen, die hier wohnen, wegfallen.

Der Grünzug beim Stubenwaldgelände liegt in den 10.000 Jahre alten Altneckarschlingen, einem erdgeschichtlich bedeutsamen, durch Feuchtigkeit geprägten Naturraum, einem Rückzugsgebiet zahlreicher Tiere und Pflanzen, auch solcher, die auf der Roten Liste stehen. Dieser Grünzug wird mit dem Bauvorhaben durchschnitten werden und damit wird den Tieren die Wandermöglichkeit von den Tongruben und der Erlache zum Lebensraum nördlich des Stubenwald genommen werden. Das Gebiet ist nach Meinung der Grünen zu erhalten, um Verbindungswege für die Tierwelt zu sichern. Es darf keine isolierten Gebiete geben, aus denen die Tiere nicht mehr herauskommen. Die Wanderwege müssen bleiben. Nur so bleibt auch der genetische Austausch erhalten.

Die Ergebnisse einer Datenerhebung im Gebiet der Altneckarschlingen, in Auftrag gegeben vom NABU und bezahlt von der Stadt, liegen allen Stadtverordneten vor. Sie wurden mit den Unterlagen zur Stadtverordnetenversammlung im November

2025 zugesandt. Es soll später keiner sagen können, er hätte nicht gewusst, was hier verloren geht.

2. Ziel Das Gebiet soll im neuen Regionalplan vom **Vorbehaltsgebiet zum Vorranggebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz** hochgestuft werden, was CDU, SPD und FDP unbedingt verhindern wollen, um bauen zu können. Man versteht nun die Eile, mit der das Zielabweichungsverfahren vorangetrieben wird.

Die Weschnitz ist im Stubenwaldgebiet in einen geraden Kanal eingezwängt, und bräuchte bei Hochwasser Raum für Überschwemmungsflächen. Spätestens seit dem Ahrtal weiß man, dass man Abstand von Gewässerufern halten muss. Einhausen und Biblis verlegen die Deiche zurück und renaturieren die Weschnitz, um mehr Raum für eine natürliche Entwicklung des Gewässers und Vorsorge für Hochwasser zu schaffen. Sie bekommen 12 Mio € Landesgelder für das Projekt. Und Bensheim und Lorsch? Sie planen ein Gewerbegebiet bis knapp vor den Deich und fast an die denkmalgeschützte Wattenheimer Brücke, die aus kulturhistorischer und touristischer Sicht weiter aufgewertet, statt an den Rand gedrängt werden sollte.

Das Gebiet ist im Übrigen auch **Wasserschutzgebiet**, aus dem Lorsch, Einhausen, Fehlheim, Schwanheim und Rodau ihr Trinkwasser beziehen. Die offenen Acker- und Wiesenflächen sorgen für die Neubildung von Grundwasser, wenn es regnet. Sie wissen das, meine Damen und Herren von der CDU, SPD und FDP, aber sie wollen trotzdem den Boden mit Gewerbeflächen versiegeln, in Zeiten, wo das Wasser knapp werden kann.

Man kann es ja verstehen: Die Flächen von Stubenwald III wurden von der Stadt vor Jahren günstig aufgekauft, und sollen nun gewinnbringend schnell bebaut werden. Man hofft auf sprudelnde Gewerbesteuern. Wie wenig verlässlich das aber ist, zeigt uns die aktuelle Finanzmisere der Stadt – trotz Stubenwald I und II. Ein immer Mehr an Gewerbeansiedlungen bedeutet eben nicht automatisch ein immer Mehr an Steuereinnahmen. CDU, SPD und FDP werden trotzdem versuchen das Regierungspräsidium in Darmstadt zu überzeugen, dass diese Flächen unbedingt zum Wohle der Stadt bebaut werden müssen. Dazu wollen sie das Gebiet in ein **Vorranggebiet Industrie und Gewerbe** umwidmen lassen.

Da kann ich nur sagen: Siedlungs- und Gewerbeflächen müssen in Zukunft intelligenter gesucht und vermarktet werden. Das mag mühsamer und langsamer sein, als auf die grüne Wiese zu bauen, aber der Umgang mit der Ressource Boden muss in einer zukunftsorientierten Kommune neu gedacht werden. Und ja: Verhaltensänderungen sind schwer. Lernen wir aber nicht umzudenken, wird uns das teuer zu stehen kommen, wenn in den kommenden Jahren Folgeschäden von Hochwasser und Hitzeperioden bezahlt werden müssen. Bensheim hat einen **Masterplan Klimaschutz**. Folgen wir doch seinem Maßnahmenkatalog, der die Wiedervernässung der Altneckarschlingen in Bensheimer Gemarkung und Umwandlung in Grünland empfiehlt, um die Belange des Klimaschutzes zu ergänzen. Nachzulesen auf Seite 57 des Masterplans. Hier haben wir ein natürliches, riesiges Potenzial für den Klimaschutz direkt vor Ort. Das dürfen wir nicht zerstören. Im Gegenteil: wir könnten es weiterentwickeln zu einem **interkommunalen Renaturierungsgebiet** zusammen mit Lorsch und Fördergeldern vom Land. Einhausen und Biblis haben es uns ja schon vorge-macht.

Die Grünen zählen auf den Wählerwillen bei der Kommunalwahl. Sollten sich die politischen Verhältnisse nach der Wahl ändern, auch in der Regionalversammlung, dann könnte es noch eine Chance auf Erhalt dieser Fläche geben.

Wir Grünen hoffen auf die Unterstützung der informierten Wählerschaft und lehnen die Anträge der Koalition zum „Interkommunalen Gewerbegebiet“ ab.